UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Die konzertierte Aktion: Stabilisierungsstrategie oder Fanal der Unregierbarkeit

Andrea Rehling

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Rehling, Andrea. 2004. "Die konzertierte Aktion: Stabilisierungsstrategie oder Fanal der Unregierbarkeit." In *Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD: die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben; Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 16. bis 18. Mai 2003*, edited by Jörg Calließ, 355–65. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Andrea Rehling

Die Konzertierte Aktion: Stabilisierungsstrategie oder Fanal der Unregierbarkeit[1]

Einleitung

Am 22. April 1968 stellte Bundeswirtschaftsminister Schiller in den Vorgesprächen zur Konzertierten Aktion noch einleitend die Frage, wie die Vertreter des DGB zu einer Behandlung der gesellschaftspolitischen Unruhen, gemeint waren die Studentenunruhen, im Rahmen der Konzertierten Aktion stehen würden.

„Minister Schiller verwies hierzu nochmals auf die stabilisierende Funktion der Konzertierten Aktion, die die Aussage zulasse, dass unsere Wirtschaft heute gesund sei. Man müsse bedenken, was geschehen wäre, wenn wir jetzt eine Million Arbeitslose hätten."[2]

Getragen von dem scheinbaren Erfolg seines Konzeptes der Globalsteuerung, das 1967 in das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (Stabilitätsgesetz) gegossen worden war und bei seiner Verabschiedung „als das modernste Wirtschaftsgesetz (...) in den westlichen Industriestaaten"[3] galt, glaubte er, die befriedende Wirkung des Korporatismus, der in Form der Konzertierten Aktion institutionalisiert worden war, auf weitere gesellschaftspolitische Bereiche ausdehnen zu können.

1968 war der Glaube in den Jahreswirtschaftsbericht des Sachverständigenrates, die Richtigkeit der daraus entwickelten Zielprojektionen, die mittelfristige Finanzplanung, die Konzertierte Aktion und seine als „sachlich" und „rational" apostrophierte „Wirtschaftspolitik von Maß, Mitte und Flexibilität"[4] unerschüttert:

„Mit dem Rüstzeug einer modernen antizyklischen Wirtschaftspolitik – in der Rezession Staatsaufträge, Investitionsprämien und Lohnleitlinien – gelang ihm das Meisterstück auf Anhieb: die kränkelnde Wirtschaft 'aus der Talsohle der Konjunktur in einem Aufschwung nach Maß auf ein Hochplateau stetigen Wachstums' (Schiller) zu führen."[5]

Aber schon ein Jahr darauf erfuhr das Vertrauen in die Zielprojektionen, die auf den Ergebnissen sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Berechnungen basierten, eine irreparable Erschütterung. Wie sich herausstellte, waren die Zielprojektionen für die Jahre 1968/1969 zu niedrig ausgefallen, so dass es zu einem Lohn-lag kam, in dessen Folge wilde Streiks die Gewerkschaften zwangen, sich aus den Konsensbeschwörungen der Konzertierten Aktion zum Teil herauszuziehen, um wieder mehr eigenes Profil zu entwickeln.[6] Zunehmend fand das gesellschaftspolitische Thema der „Sozialen Symmetrie" Eingang in die Beratungen der Konzertierten Aktion, die durch diese Ausweitung der Themen, mit der auch eine Ausweitung des Teilnehmerkreises einherging, an Verbindlichkeit für die Verhandlungspartner verlor. Die Diskrepanzen zwischen den Wirklichkeitsinterpretationen und Interessen der beteiligten Akteure wuchsen.[7] Über die richtige Gegenwartsdiagnose und die daraus abzuleitenden Zukunftserwartungen war trotz Rationalität und Sachlichkeit kein Konsens mehr herzustellen.

Die Orientierungsdaten hatten ihre Eindeutigkeit eingebüßt. Statt dessen etablierte sich ein auch wissenschaftlich geführter Kampf um Deutungshoheiten. Die Globalsteuerung war so schon zwei Jahre nach ihrer Etablierung an ihre Grenzen gestoßen. Eine einvernehmliche Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft, wenn nicht sogar Steuerung überhaupt, schien zunehmend unmöglich zu sein.

Vor diesem Hintergrund soll in meinem Dissertationsprojekt, das auch die Zentralarbeitsgemeinschaft einschließt, der Frage nachgegangen werden, was den Staat und die Tarifparteien dazu bewegt bzw. was sie daran hindert, ihr Verhalten zu konzertieren. Dabei sind die Verfahrensweisen der Konfliktverregelung von besonderem Interesse, sowie die Frage, ob im diachronen Vergleich institutionelle Lernprozesse auszumachen sind. Ein besonderes Augenmerk soll der Frage gelten, ob der Korporatismus im Bereich der Sozial- und Systemintegration Leistungen übernimmt oder übernommen hat, bzw. was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn der Korporatismus, der im politischen System dazu genutzt wurde, um divergierende gesellschaftliche Interessen aufeinander abzustimmen, die Vermittlung von Entscheidungen zu vereinfachen und so die Reibungsverluste im politischen Prozess zu verkleinern, in der postmodernen Gesellschaft als Konfliktverregelungsmuster obsolet wird.

Von dieser Fragestellung ausgehend soll im folgenden kurz das Scheitern der Konzertierten Aktion skizziert werden, die ein Lehrstück für den Qualitätswechsel

der gesellschaftlichen Konflikte in den 70er Jahren darstellt, weil mit ihr die traditionellen Konfliktregelungsstrategien an ihre Grenzen stießen.

Vorgeschichte der Konzertierten Aktion

In der Adenauer-Ära gab es keine relevante politische Kraft, die eine Verhaltenskoordinierung von mittelfristiger Dauer zwischen Staat und Tarifparteien anstrebte. Vielmehr sahen alle wichtigen Akteure in einem solchen Vorgehen eine Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten. Zwar gab es Anfang der 50er Jahre eine Debatte über die Einführung eines Bundeswirtschaftsrates, aber spätestens seit 1955 waren solche Ideen vom Tisch. So war Ludwig Erhard schon 1950 der Meinung, dass eine institutionelle Einbindung wirtschaftlicher Interessengruppen nicht glücklich wäre, um eine strikte Trennung zwischen staatlichen Aufgaben und privatwirtschaftlichen Aktivitäten zu wahren und so den Einfluss nebenverfassungsmäßiger Kräfte auf die parlamentarischen Kräfte gering zu halten.

Als das Kanzleramt den Bundeswirtschaftsrat 1962 noch einmal auf die Agenda brachte, war das Echo negativ. In den Gewerkschaften war eine neue Generation pragmatischer Führungskräfte herangewachsen, die der Idee der Wirtschaftsdemokratie nichts mehr abgewinnen konnten. Das Konzept tauchte schon im Aktionsprogramm des DGB von 1955 nicht mehr auf. Auch im Arbeitgeberlager wollte man nichts mehr vom Bundeswirtschaftsrat wissen. Als der Bundesverband der Deutschen Industrie im Frühjahr 1957 in Köln ein Symposium zum Thema „Der Staat und die Verbände" durchführte, vermochte sich kaum noch jemand für die Idee eines „Verbändeparlaments" zu erwärmen.[8] Liberale und konservative Kritiker befürchteten in den 50er Jahren von einer solchen Kooperation eine problematische Stärkung der Verbände zulasten des Staates und der Marktkräfte. Die Gewerkschaften sahen sich der Gefahr einer demobilisierenden und pazifizierenden Vereinnahmung gegenüber. Seit Mitte der 50er Jahre kam es zwar in regelmäßigen Abständen zu Gesprächen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, um „aktuelle wirtschaftspolitische Fragen in zwangloser Form" zu erörtern. Erhard hatte solche „Sozialpartnergespräche" Anfang 1955 erstmalig angeregt, um die Tarifparteien für seine wirtschaftspolitischen Ideen einzunehmen und zu einer Entspannung der sozialpolitischen Lage beizutragen. Es gab also auch vor

der Konzertierten Aktion ein Gesprächsforum, das die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in die Regierungsarbeit einband[9], aber diese Konzertierungsversuche gingen über die von Erhard betriebene „Seelenmassage", die er beiden Tarifparteien angedeihen ließ und die in erster Linie in der Aufforderung zur Mäßigung zugunsten des „Wirtschaftswunders" bestand, nicht hinaus.[10]

In der Ära Erhard gewann die wissenschaftliche Politikberatung zunehmend an Bedeutung, welche die politischen Interessenkämpfe durch volkswirtschaftliche Sachkenntnis ablösen sollte. Die völlige Ent-Ideologisierung, Ent-Politisierung und Versachlichung sollte in die Wirtschaftspolitik Einzug halten. 1963 fand diese Tendenz in der Gründung des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage" (Fünf Weisen) ihren Niederschlag, die das Vertrauen der Gesellschaft der sechziger Jahre in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften widerspiegelt[11], die zumindest erstere in den Status einer Quasi-Naturwissenschaft erhob.[12] Mit dem Ende der Adenauer-Ära und den ersten Anzeichen dafür, dass, anders als man vermutet hatte, mit dem Wirtschaftswunder die Konjunkturzyklen nicht endgültig überwunden worden waren, schien ein neuer Politikmodus nötig und möglich zu sein. Das Jahr 1966 wurde als Anfang einer Krise rezipiert, deren Indikatoren im Haushaltsdefizit, dem Inflationsanstieg, der Reduktion des Wirtschaftswachstums und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit festgemacht wurden. Aber Versuche von Wirtschaftsminister Schmücker, einen „Sozialen Dialog" zu etablieren, wurden von Erhard nach der ersten Sitzung 1966 direkt unterbunden. Erst die Große Koalition führte die aus damaliger Sicht als neues Instrument betrachtete Konzertierte Aktion ein, die mit Hilfe wechselseitiger Konsultation die Krise überwinden helfen sollte.[13]

Die Etablierung der Konzertierten Aktion

Die Konzertierte Aktion trug deutlich die Handschrift des neuen Wirtschaftsministers Karl Schiller, wenn Kurt-Georg Kiesinger schon in seiner Regierungserklärung alle wichtigen Aspekte der Globalsteuerung entwickelte. Dabei handelte es sich um die seit der Weltwirtschaftskrise entwickelte Vorstellung, dass eine Globalsteuerung der Wirtschaft möglich sei, die auf Eingriffe einer keynesianischen Wirtschaftspolitik in die makroökonomisch vermittelte Interdependenz von Löhnen, Preisen und Beschäftigungsniveau basieren sollte.[14] Dieses Zutrauen in die politische Steuer-

barkeit des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens schlug sich im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 nieder. In diesem Gesetz wurden die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum zu zentralen Zielen der staatlichen Politik erklärt. (Magisches Viereck) Im §3 dieses Stabilitäts- und Wachstumsgesetztes wurde die Konzertierte Aktion eingeführt:

„Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des §1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (Konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Unternehmerverbände zur Erreichung der Ziele des §1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen der Beteiligten zu erläutern."[15]

Ziel der Schillerschen Wirtschaftsreform war es alle am Wirtschaftsprozess beteiligten sozialen Gruppen an der Formulierung und Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung zu beteiligen und sie dabei zu aufeinander abgestimmten Verhalten zu bewegen. Die Konzertierte Aktion – als Gesprächsrunde von Regierung, Gewerkschaften und Verbänden ein Beispiel für den tripartistischen Makrokorporatismus – bot dem Wirtschaftsminister Gelegenheit, die in ihrem wirtschaftlichen Verhalten autonomen Gruppen, die durch die Bundesbank und den Sachverständigenrat ergänzt wurden, in die Pflicht des stabilitätspolitisch Notwendigen zu nehmen und sie auf aus den Jahresgutachten des Sachverständigenrates entwickelte Orientierungsdaten und Zielprojektionen festzulegen. Die Konzertierte Aktion schuf den Rahmen, um innerhalb dessen die Stabilitätsopfer der einen Seite durch Zugeständnisse anderer sozialer Gruppen und des Staates zu kompensieren. Hauptziel der Konzertierten Aktion war es, auf eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik hinzuwirken, ohne die in der Verfassung verbürgte Autonomie der Tarifvertragsparteien anzutasten. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten sich bei ihren Tarifabschlüssen an die Leitlinien der mutmaßlichen Produktivitätsentwicklung halten. Diese Leitlinien orientierten sich an den Zielprojektionen bzw. Orientierungsdaten des Sachverständigenrates.[16] Diese Daten dienten der Information der Verhandlungspartner. Auf der Grundlage dieser Informationen, die das Hauptsteue-

rungsinstrument der Konzertierten Aktion darstellten, sollten die Parteien in Form der Moral Suasion zur stabilitätskonformen, „rationalen" Entscheidung bewegt werden.[17] Auf dieser Grundlage schien die Konzertierte Aktion anfangs sehr erfolgreich zu sein. Mit Hilfe einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik, die von einer zurückhaltenden Lohnpolitik flankiert wurden, war die Rezession von 1966 innerhalb kürzester Zeit überwunden und die Vollbeschäftigung wieder hergestellt.[18]

Solche Erfolge ließen Karl Schiller in der Beliebtheit der Deutschen steigen und waren sicher am Wahlsieg der sozialliberalen Koalition von 1969 nicht unbeteiligt.[19] Zwar wurde von Seiten des DGB schon bei dem Vorgespräch zur Konzertierten Aktion am 22. April 1968 auf die Tatsache hingewiesen, dass die Konzertierte Aktion in den Kreisen der Arbeitnehmer nicht unumstritten sei, da sich die versprochene Soziale Symmetrie bisher nicht abzeichne:

„Es werde daher immer schwieriger, Forderungen entgegenzutreten, die ein Ausscheiden der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion zum Ziel hätten."[20]

Aber letztlich war der Erfolg und die stabilisierende Wirkung der Konzertierten Aktion bei der Überwindung der als krisenhaft empfundenen Rezession von 1966/67 unbestritten.

Das änderte sich erst 1969. In diesem Jahr, das Karl Schiller schon 1970 den Wirtschaftshistorikern zur „Vergangenheitsbewältigung" übergeben wollte[21], zeichneten sich in Deutschland erste Anzeichen einer Hochkonjunktur ab. Versuche der Bundesregierung und der Bundesbank einer Überhitzung der Konjunktur mit Dämpfungsmaßnahmen, einer außenwirtschaftlichen Absicherung sowie der Aufwertung der DM entgegenzuwirken scheiterten, zum einen, weil sich in der ersten Jahreshälfte 1969 die große Koalition mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl polarisierte, zum anderen, weil den Akteuren die Einsicht in die zu erwartenden Ausmaße des Booms 1969, der vor allem durch die hohe Exportquote angefacht wurde, fehlte. Die sich so ungebremst entfaltende konjunkturelle Entwicklung führte zunächst zu hohen Gewinnsteigerungen und zu einem erheblichen Lohn-*lag*.[22] Die Lohnleitlinien und Zielprojektionen der Bundesregierung und des Sachverständigenrates waren für 1969 zu niedrig ausgefallen. Die Gewerkschaften waren in ihren Lohnforderungen den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprognosen gefolgt, die für 1968 und 1969 Zuwachsraten von vier und viereinhalb Prozent vorsahen. Tatsächlich wuchs das reale Sozialprodukt in diesen Jahren mit 7,3 bzw. 8,2 Prozent

aber viel schneller.[23] Infolge dieser Diskrepanz kam es im September 1969 bei verschiedenen Industriebetrieben zu wilden Streiks[24], durch die die erfolgreiche Phase der Konzertierten Aktion endgültig beendet wurde. Die Gewerkschaften konnten nicht zulassen, dass ihnen ihre Mitglieder entglitten, durften sich mit ihren Lohnforderungen nicht länger zurückhalten und konzentrierten sich zunehmend auf die von Karl Schiller versprochene Herstellung der „Sozialen Symmetrie". Das Vertrauen in die mit dem Versprechen der „Rationalität" und „Planungssicherheit" angetretenen Zielprojektionen des Sachverständigenrates war nach 1969 aber nicht nur bei den Gewerkschaften erschüttert. In der 15. Sitzung der Konzertierten Aktion am 12. Januar 1970 legten Gewerkschaften und Unternehmerverbände zum ersten Mal eigene Zielprojektionen vor. Von diesem Zeitpunkt an kam es in der Konzertierten Aktion zu keiner Einigung mehr über die anzustrebende Lohnentwicklung.[25] Die Gewerkschaften setzten in einer Abschwungsphase für ihre Mitglieder unter der Flagge der „Sozialen Symmetrie" außergewöhnlich hohe Zuwachsraten der Durchschnittseinkommen durch, obwohl das Konzept der stabilitätsorientierten Einkommenspolitik gerade im Abschwung lohnpolitische Zurückhaltung erfordert hätte. Es zeigte sich, dass die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht in der Lage waren, gegen Lohn- oder Preiserhöhungen vorzugehen, die den durch die Orientierungsdaten gesetzten Rahmen sprengten, Sanktionen zu ergreifen und die Tarifvertragsparteien mit den Mitteln der Fiskal- und Geldpolitik zu stabilitätsbewusstem Handeln zu drängen. Statt dessen wurde die Konzertierte Aktion auf nahezu alle Fragen der Wirtschaftspolitik ausgedehnt, wodurch sie zunehmend weiter an Effektivität verlor. Für die Gewerkschaften war in diesem Zusammenhang die Erweiterung der Mitbestimmung von besonderer Bedeutung. Sie waren bereit, ihre Lohnpolitik am Stabilitätsziel zu orientieren und ihren Umverteilungsanspruch zurückzustellen, wenn sie dafür dem Ziel der paritätischen Mitbestimmung näherkamen. Als das „Gesetz über die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer" Mitte 1976 schließlich für die Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten in Kraft trat, blieb es hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück. Für die Arbeitgeber gingen diese Regelungen aber weiter, als sie hinzunehmen bereit waren, weshalb sie gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde erhoben. Die Gewerkschaften sahen in dieser Klage gegen ein von allen Parteien des Bundestages getragenes Gesetz einen Bruch des sozialen Grundkonsens und verließen deshalb aus Protest die Konzer-

tierte Aktion. Damit war die Konzertierte Aktion, nach mehreren vergeblichen Versuchen sowohl der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften die Konzertierte Aktion zu verlassen, die immer an der Furcht in der Öffentlichkeit als den eigenen Sonderinteressen verpflichteter Verantwortlicher für das Scheitern der Konzertierten Aktion zu gelten, gescheitert waren, nun endgültig beendet. Will man den Verlauf der Konzertierten Aktion in Zeitphasen einteilen, so reichte die erste und erfolgreichste Phase von 1967 bis in den Sommer 1969. Dann begann mit den wilden Streiks vom Sommer 1969 eine neue Periode, die mit dem Ausscheiden von Wirtschaftsminister Schiller ihren Abschluss fand (1971). Danach hat die Konzertierte Aktion bis zu ihrem Ende 1977 ohne bemerkenswerte Ergebnisse vor sich hingedümpelt, wie es der Staatssekretär Arndt beschrieb, zusammengehalten von dem Zwang, dass es sich keiner leisten könne, die Konzertierte Aktion platzen zu lassen.[26]

Fazit

Wolfgang Schroeder bezeichnet die Konzertierte Aktion als ein „Kind der Transformationskrise in der Mitte der 60er Jahre"[27]. Es sei ihr gelungen, einen Politikwechsel zu flankieren, der zur Modernisierung der Bundesrepublik einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet habe. Ihr sei es jedoch nicht gelungen, sich unter den veränderten Bedingungen der ökonomischen Krise 1973/74 auf den damit einhergehenden ökonomisch-politischen Paradigmenwechsel einzustellen.[28] Meine bisherigen Beobachten, die in diesem frühen Stadium meines Projektes sicher noch ergänzungsbedürftig sind, deuten daraufhin, dass man noch weiter gehen muss. Die Konzertierte Aktion ist ein Kind der Transformationskrise der 60er Jahre, insofern sie die Anwendung einer traditionellen konsensorientierten Konfliktverregelung auf eine als bedrohlich wahrgenommene Krise, die Rezession von 1966, darstellt. Die Konzertierung hatte als eine Integrationsleistung in Krisenzeiten funktioniert, die auch in angespannten Situationen die Sozial- und Systemintegration sicherzustellen half, worin wahrscheinlich ihre Hauptsteuerungsleistung für den Staat zu sehen war. In einer zunehmend globalisierten und individualisierten postindustriellen Gesellschaft fiel es aber zunehmend schwer verbindliche Diagnosen über den Zustand der Gesellschaft und ihre Zukunft zu stellen.[29] So dass ich auf der Grundlage mei-

ner bisherigen Erkenntnisse vermute, dass die Ursachen für das Scheitern des tripartistischen Makrokorporatismus der Konzertierten Aktion darin zu suchen sind, dass der Korporatismus ein Politikmuster ist, das mit seinem Anspruch auf gesellschaftliche Steuerung in einer nationalen Industriegesellschaft mit begrenzten Akteuren, Themen und Variablen zeitweise funktionieren konnte, in einer zunehmend globalisierten postindustriellen Gesellschaft mit ihrer expandierenden Zahl von Akteuren, Themen und damit einhergehenden Variablen scheitern musste.

Anmerkungen

1 Dieser Beitrag steht im Kontext eines seit 2002 laufenden Dissertationsprojektes zu dem Thema „Korporatismus als Stabilisierungsstrategie. Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzertierten Aktion", das in der von Gabriele Metzler geleiteten VW-Nachwuchsgruppe „Regieren im 20. Jahrhundert. Politik in der modernen Industriegesellschaft, 1880-1970" am Seminar für Zeitgeschichte der Eberhard Karls Universität Tübingen angesiedelt ist. Für zahlreiche Anregungen und konstruktive Kritik bin ich Gabriele Metzler zu Dank verpflichtet.

2 Bonn, AdsD/ DGB-Archiv 5/DGAI001167.

3 Schmidt, Werner: Der Wandel der Unternehmerfunktionen in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Einfluss der Konzertierten Aktion. Berlin 1974, S. 26.

4 Schiller: Jetzt komme ich, Spiegel Jg. 23., Nr. 16 (1969), S.32.

5 Ebd. S. 32.

6 Bonn, AdsD/ DGB-Archiv 5/DGAI001168

7 Schroeder, Wolfgang: „Konzertierte Aktion" und „Bündnis für Arbeit": Zwei Varianten des deutschen Korporatismus, in: Verbände und Demokratie in Deutschland, hrsg. v. Annette Zimmer u. Bernhard Weßels. Opladen 2001, S. 29-40.

8 Nützenadel, Alexander: Wirtschaftliche Interessenvertretung in der Demokratie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jg. 52, H. 2 (2003), S. 257-258.

9 Ebd. S. 259

10 Schroeder, Wolfgang: „Konzertierte Aktion" und „Bündnis für Arbeit", S. 29-40.

11 Nützenadel, Alexander: Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik. Die Gründung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, in: VSWG 3 (2002), S. 288-306, Schanetzky, Tim: Integration der Gesellschaft versus Integration der Gruppen: Sachverständigenrat, Konzertierte Aktion und Gesellschaftsbilder in der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik 1965 bis 1969, unveröffentlichtes Manuskript 2003.

12 Borchardt, Knut: Anerkennung und Versagen. Ein Jahrhundert wechselnder Einschätzungen von Rolle und Leistung der Volkswirtschaftslehre in Deutschland, in: Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Reinhard Spree. München 2001, S. 200-222.

13 Nützenadel, Alexander: Wirtschaftliche Interessenvertretung, S. 257-260

14 Zink, Michael: Konzertierte Aktion und Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. München 1975, S. 74-76.

15 Möller, Alex (Hrsg.): Kommentar zum Stabilitätsgesetz. Hannover 1969, S. 110.

16 Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Frankfurt a. M. 1983, S. 112-115

17 Schmidt, Werner: Der Wandel der Unternehmerfunktion, S. 30-37, vgl. auch Tuchtfeldt, Egon: Moral Suasion in der Wirtschaftspolitik, in: Konzertierte Aktion. Kritische Beiträge zu einem Experiment, hrsg. v. Erich Hoppmann. Frankfurt a. M. 1971, S. 19-68.

18 Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte, S. 116, vgl. auch Aktuelle Formen des Korporatismus. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Juni 2000

19 Schiller: Jetzt komme ich, S.32.

20 Bonn, AdsD/ DGB-Archiv 5/DGAI001167.

21 Schiller, Karl: Probleme der Wirtschaftspolitik, in: Konjunkturpolitik im Boom, hrsg. v. Deutschen Industrie- und Handelstag. Bonn 1970, S. 18

22 Schlecht, Otto: Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus. Tübingen 1972, S. 17-19

23 Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte, S.115

24 Zink, Michael: Konzertierte Aktion und Gewerkschaftspolitik, S. 201-207.

25 Schmidt, Werner: Der Wandel der Unternehmerfunktion, S. 121.

26 Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte, S. 115-116; vgl. auch Schroeder,

Wolfgang: „Konzertierte Aktion" und „Bündnis für Arbeit", S. 29-40; Schmidt, Werner: Der Wandel der Unternehmerfunktion, S. 121.

27 Schroeder, Wolfgang: „Konzertierte Aktion" und „Bündnis für Arbeit", S. 39.

28 Ebd. S. 39.

29 vgl. auch Metzler, Gabriele: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: HZ 1 (2002), S. 57-103.